Nr. 67. Mittwoch, den 21. März 1917. 31. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Bezugspreis: durch die Post ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,50, vierteljährlich ℳ 4,50, durch die Austräger wöchentlich 35 ₰ frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 6 ₰, bei den Straßenhändlern 10 ₰, Sonntagsnummer mit „Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2.70, für das Ausland monatlich ℳ 4.—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, I. Stock. Hamburg 36. Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 45 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 25 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 4 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 3 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung: Erdgeschoß, Buchdruckerei-Kontor: I. Stock, Fehlandstr. 11.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hohelukt, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heinrich Hertzstr. 145. Nord-Barmbeck bei Robert Birr, Poppenhusenstr. 13. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 15. Rotenburgsort und Veddel bei Fr. Hübener, Billh. Röhrendamm 213 a, Hchpt. Wilhelmsburg bei H. Oellerich, Fährstr. 59, I. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. Ottensen, Bahrenfeld bei Franz Rose, Friedensallee 46.

Der Ministerwechsel in Frankreich.

Aristide Briand ist samt seinem Ministerium zurückgetreten. Nicht freiwillig, sondern durch eine Abstimmung in der Kammer gedrängt. Allerdings hatte er noch eine Mehrheit für seine Tagesordnung; der Form nach war ihm also in der in Frankreich üblichen Weise die Möglichkeit des Weiterregierens gesichert. Aber die Mehrheit war klein und außerdem auf ziemlich künstliche Weise zusammengekommen; so entschloß er sich zum Abgang, ehe ihm, was jeden Tag durch eine neue Abstimmung geschehen konnte, der Stuhl unter dem Leibe weggezogen wurde.

Wie meistens bei französischen Ministerstürzen, war der äußere Anlaß nicht eben sehr bedeutend. In der Kammer gab es heftige Klagen wegen der ungenügenden Ausrüstung der französischen Flieger. Da es sich hauptsächlich um technische Dinge handelte, für die Briand — ein Advokat — nicht wohl persönlich verantwortlich gemacht werden konnte, ebensowenig wie sein Kriegsminister Liautey, der erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit im Amte war, so hätte der gewandte Briand den Sturm wohl noch einmal beschwören können, wie schon so oft zuvor. Aber der Kriegsminister Liautey war sehr gekränkt und legte sein Amt nieder. Dadurch entstand eine Lücke im Ministerium und die Krisis war da. Briand erklärte für sich und sein Ministerium den Rücktritt. Der Präsident der Republik, Poincaré, berief nach altem Gebrauch einige der Parteiführer des Parlaments zu sich und auch Deschanel, den Kammerpräsidenten. Dieser, wie auch die anderen, lehnte ab, das Ministerium zu bilden, bis sich endlich Ribot dazu entschloß, das neue Kabinett zu bidlen. Heute wird seine Zusammensetzung kundgegeben.

Wie die „Agence Havas“ meldet, wurde das neue Ministerium folgendermaßen gebildet: Vorsitz und Aeußeres Ribot; Justiz Viviani; Krieg Painlevé; Marine Lacaze; Bewaffnungswesen Thomas; Finanzen Thierry; Inneres Malvy; öffentlicher Unterricht Steeg; öffentliche Arbeiten Desplas; Handel Clementel; Ackerbau Fernand David; Verpflegung Violette; Arbeit und soziale Fürsorge Bourgeois; Kolonien Maginot; Unterstaatssekretär des Flugwesens Daniel Vincent.

Einige Minister aus dem Kabinett Briand sind geblieben, darunter Viviani und der Sozialist Thomas. Das wichtigste aber ist, daß Ribot den Vorsitz und das Aeußere übernommen hat, daß er also auf die Politik entscheidend einwirken will. Ribot ist vor allem Finanzmann, und das gibt einen Fingerzeig nicht nur für das, was unter dem neuen Ministerium hervortreten wird, sondern auch für den Grund, weshalb Briand der allgemeinen Unzufriedenheit weichen mußte.

Gustave Hervé, bisher der treue Schildknappe Briands und unentwegter Verkünder von dessen Ruhm, hat nach der Abstimmung vom 9. März das Sinken von Briands Mehrheit festgestellt und zur Erklärung gesagt:

„Wenn die Regierung auf die Anklagebank gesetzt wurde, so geschah es wegen deren wirtschaftlichen Politik, oder vielmehr wegen des Mangels an irgendwelcher wirtschaftlichen Politik, da man ihr vorwarf, keine zu haben. Es ist nicht sehr leicht heutzutage, eine wirtschaftliche Politik zu haben, die das gesamte Publikum und den Urheber dieser Politik selber befriedigen könnte. Jede Regierung muß heute mit Schwierigkeiten ringen, die zum Teil unüberwindlich sind. Der ergiebigste Teil unseres Landes, ergiebig sowohl in landwirtschaftlicher, wie industrieller Beziehung, ist schon seit 30 Monaten vom Feinde besetzt. Das ergiebigste Gebiet unserer Eisenerze — die Meurthe-et-Moselle —, das ergiebigste Gebiet unserer Steinkohle — der Norden mit Pas-de-Calais — ist uns verloren gegangen, was den Rest unseres wirtschaftlichen Lebens lahmgelegt hat, und selbst dann, wenn der radikale Abgeordnete Klotz als Vorsitzender des Rates figurierte, derselbe Herr Klotz, der zu den erbittertsten Angreifern Briands gehörte, würden wir keinen geringeren Schwierigkeiten hinsichtlich unserer englischen Kohle und unseres amerikanischen Stahls ausgesetzt sein, als wir es heute sind, und selbst wenn Frankreich das Glück gehabt hätte, von Herrn Klotz und seinen heutigen Mitkämpfern regiert zu werden, würde uns die englische Kohle und der amerikanische Stahl zur Erzeugung von Kanonen und Granaten, Eisenbahnschienen, Lokomotiven, landwirtschaftlichen Maschinen und manchen anderen Artikeln, die Herr Loucheur, der Unterstaatssekretär der Industrie, am liebsten in Frankreich hergestellt wissen möchte, nicht minder unentbehrlich sein, wie sie uns heute sind. Die Geißel trifft uns an einer anderen Stelle: Wir haben an der Front eine enorm große Zahl von kräftigen Männern — ein Umstand, der in das wirtschaftliche Problem eine sonderbare Verwicklung hineinträgt. Wenn man von 500 000 bis zu einer Million Soldaten der wirtschaftlichen Tätigkeit zurückgeben könnte, so würde sich diese sicherlich eines größeren Aufschwunges erfreuen; da ist aber oben der General Nivelle, der sie nicht freigeben will, indem er behauptet, sie alle, oder fast alle zu brauchen, wenn man den Feind aus den Grenzen Frankreichs vertreiben will. Man sieht, daß das Problem nicht so einfach zu lösen ist. Was tut nun die Regierung? Eines Tages sagt sie dem General Nivelle: „Geben Sie die alten Landarbeiter der Klasse 1888 und 1889, die zwischen 48 und 49 Jahren, dem Grund und Boden zurück, und ich werde sie ihnen durch jene Genesenden ersetzen, die bei der neuen Besichtigung als tauglich befunden werden.“ Ein anderes Mal wiederum sagt sie ihm: „Geben Sie uns die Bergwerksarbeiter aus den Klassen vor dem Jahre 1904, damit wir sie zum Bergbau im Innern des Landes verwenden, und ich meinerseits werde mir die Mühe geben, diese in Ihrem Menschenmaterial geschlagene Bresche auszufüllen — durch andere Genesende oder auch Drückeberger, nach denen zu fahnden ich mich anschicke.“ Und zur gleichen Zeit erläßt sie eine Anzahl von Maßnahmen wirtschaftlicher Natur, das altbackene Brot, die Rationierung des Gaslichtes, des Zuckers, die Schließung der Kinos an gewissen Tagen, die der Schauspielhäuser, die Einschränkung der Gänge in den Speisewirtschaften, die Schließung gewisser Läden zu bestimmten Stunden. Man könnte sich aber eine andere Politik denken, eine Politik, die vor der Antastung privater Interessen weniger zurückschrecken würde, die energischer, brutaler, revolutionärer wäre. Eine derartige Politik würde die ausnahmslose und endgültige Schließung sämtlicher Schauspielhäuser, sämtlicher Kinos, die Einstellung sämtlicher Luxusbetriebe und Luxusgeschäfte, der Branntweinbrennereien und Wirtschaften, der Cafés und Kneipen angeordnet haben. Sie würde das sofort in Kraft tretende Zivildienstpflichtgesetz für sämtliche an der Landesverteidigung oder dem Wirtschaftsleben des Landes nicht beteiligte Männer und Frauen erlassen. Was diese Politik anbetrifft, so bin ich ganz dafür! Allein diejenigen, die gestern das Ministerium angegriffen haben, hüteten sich wohl, diese bei dem Parlament zu unterstützen. Sie werfen dem gegenwärtigen Ministerium einen Mangel an wirtschaftlicher Politik vor, aber sie selber leiden noch mehr unter diesem Mangel, und wenn sie eine solche Politik besitzen, so ist sie von der der Regierung nicht zu unterscheiden. Lasset sie nur an die Macht kommen: sie werden keine andere treiben.“

Danach meint Hervé, ein Regierungswechsel hätte keinen Zweck, da auch ein neues Ministerium die notwendigen wirtschaftlichen Maßregeln nicht würde durchsetzen können. Hervé mag recht haben in bezug auf die von ihm besonders angeführten Fragen. Doch es handelt sich um mehr und die Unzufriedenheit, der Briand schließlich weichen mußte, liegt tiefer. Die Sorge besteht, daß das französische Wirtschaftsleben zusammenbrechen werde, und die Berufung des hochbejahrten Ribot, des Finanzkundigen, der sonst eigentlich keine Partei hinter sich hat, zeigt den Umfang dieser Sorgen.

Hervé hat angedeutet, daß der Verlust des eigenen Erzgebietes die Einfuhr von amerikanischem Stahl, der Verlust des hauptsächlichsten Kohlengebietes die gesteigerte Einfuhr englischer Kohlen, der Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft die Einfuhr von Lebensmitteln bedinge. Von allem anderen abgesehen, hat das eine ungeheuer rasch steigende Verschuldung Frankreichs an das Ausland zur Folge. Im vorigen Jahre schon betrug die passive Handelsbilanz Frankreichs, also der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr, 14 Milliarden Franken! Das ist eine Ziffer, die die französische Bourgeoisie sehr nachdenklich stimmen muß. Ein weiterer Rückgang des Ackerbaues, und der erscheint schon jetzt unvermeidlich, wird diese Bilanz noch weiter verschlechtern. Dagegen soll das neue Ministerium Vorsorge treffen, und deswegen ist der Finanzmann Ribot berufen worden.

Vor kurzem noch hat Briand, als er in der Kammer starken Angriffen wegen der Transportkrisis und wegen der Unordnung in der Lebensmittelversorgung ausgesetzt war, von einer „vergifteten Atmosphäre“ gesprochen. Damit meinte er den Zustand allgemeiner Unzufriedenheit. Seine bisherigen Hilfsmittel dagegen versagten; Versprechungen zogen nicht mehr. Seit Ende Oktober 1915, das heißt seit er das Ministerium leitete, ist Briand schon in mancher gefährlichen Lage gewesen; er hat sich aber immer durch Versprechungen für die nächste und die fernere Zukunft herauszuhelfen gewußt. Bald war es der vermeintlich unausbleibliche Erfolg der Saloniki-Expedition, bald der Hinweis auf Rumänien, das dem Vierbund den Gnadenstoß geben würde, bald die große Offensive, die die Deutschen an und über den Rhein zurückwerfen mußte — es waren verfehlte Prophezeiungen, aber sie brachten Briands Schifflein immer wieder an den Klippen vorbei. Wäre die Methode auch diesmal wieder anwendbar gewesen, so hätte der sogenannte deutsche Rückzug — nämlich die Aenderung und Verkürzung der deutschen Westfront — Briand die schönste Gelegenheit gegeben, abermals den „glänzenden Endsieg“ in nahe Aussicht zu stellen. Aber Briand, der sonst nie versagte, ist müde geworden, und er wußte, daß er die dumpfe, allgemeine Unzufriedenheit nicht besiegen könne. So ging er! Den „Endsieg“ überläßt er anderen.

Ribot wird, daran ist kaum zu zweifeln, in dem Programm, mit dem er nächstens vor das Parlament tritt, die Fortführung des Krieges bis zum vollen Sieg Frankreichs und seiner Verbündeten erklären. Und auch er wird irgend etwas finden, was als „sicheres Zeichen des herannahenden Triumphes“ angeführt werden kann. Denn ein Minister, der öffentlich nicht die verkörperte Siegeszuversicht ist, kann in Frankreich einstweilen nicht gedacht werden. Aber es ist doch ein Unterschied, ob Briand an der Spitze der Regierung steht oder ein Mann wie Ribot, ob ein Catilinarier die äußere Politik macht oder der Vertrauensmann der Kapitalisten, die in schwerer Sorge um das künftige Gedeihen ihrer Geschäfte sind. Ribot ist bei weitem nicht in derselben Weise wie Briand England verpflichtet; er kann innerhalb der Entente ganz anders auftreten und braucht sich und sein Land nicht unbedingt dem Gebot Englands zu unterstellen; kurzum: er kann, französische Politik machen.

Da wird die allgemeine Unzufriedenheit mit der Lage und die besondere Unzufriedenheit der um die Zukunft besorgten kapitalistischen Kreise — und das sind die einflußreichsten — schon dafür sorgen, daß der Gedanke eines Verständigungsfriedens vom Ministerium Ribot nicht so glatt und kurzweg abgewiesen wird wie vom Ministerium Briand. Ribot ist ein viel zu guter Rechner und kennt die Lebensbedingungen seines, das heißt des finanzkapitalistischen Frankreich viel zu genau, als daß er mit der Sorglosigkeit des demagogischen Advokaten, der sein Vorgänger war, auf die Gefahr des völligen Ruins hin alles auf eine Karte setzte, auf den „Endsieg“.

Wenn noch dazu kommt, daß die russische Revolution den großen östlichen Alliierten mattsetzt, so wird sich endlich auch in Frankreich die bisher vom chauvinistischen Lärm und Eroberungsgeprahle übertönte Stimme des Friedenswillens vernehmbar machen können.

Der Sturz des Ministeriums Briand hat wenigstens ein sicheres Hindernis der Friedensanbahnung aus dem Wege geräumt. Das ist etwas! Und die Umstände, unter denen und wegen deren Ribot an die Spitze des Ministeriums kam, geben wenigstens der Erwartung Raum, daß in Frankreich nunmehr wenigstens eine nüchterne Betrachtung der Lage möglich sein werde.

Französische Angriffe an der Maas und in Mazedonien gescheitert.

Amtlich. WTB. Großes Hauptquartier, 20. März 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In dem feindlicher Besatzung preisgegebenen Gebiet zu beiden Seiten der Somme und Oise verliefen mehrere Gefechte von Infanterie- und Kavallerieabteilungen verlustreich für die Gegner.

Die Vorbereitung des in jener Gegend ausersehenen Kampffeldes machte es zur militärischen Notwendigkeit, alles unbrauchbar zu machen, was dem Feinde später für seine Operation zum Vorteil sein könnte.

*

Im Ypern-Bogen holten unsere Erkunder 12 Engländer aus ihrer Stellung.

Zwischen Lens und Arras war zeitweilig der Artilleriekampf lebhaft.

Auf dem linken Maas-Ufer richteten die Franzosen nachmittags und nachts heftige Angriffe gegen die von uns am 18. März gewonnenen Stellungen; sie sind überall abgewiesen worden.

An der Höhe 304 stieß aus eigenem Antrieb eine unserer Kompagnien dem weichenden Feinde nach und entriß ihm ein weiteres 200 Meter breites Grabenstück, dessen Besatzung, 25 Mann, gefangengenommen wurde.

Bei einem schneidig durchgeführten Unternehmen hart südlich des Rhein-Rhone-Kanals fielen 20 Franzosen in unsere Hand.

*

In Luftkämpfen wurden 13, durch Abwehrgeschütze 2 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

In einigen Abschnitten regere Gefechtstätigkeit als in den Vortagen. Von Streifen an der Beresina und am Stochod brachten unsere Aufklärungsabteilungen 25 Russen gefangen ein.

Mazedonische Front.

Der nun seit neun Tagen währende Kampf zwischen Ochrida- und Prespa-See, sowie auf den Höhen nördlich des Beckens von Monastir hat auch gestern den Franzosen keinen Erfolg gebracht. Ihre Sturmtruppen brachen in breiter Front gegen unsere Stellungen sowohl in der Seen-Enge wie im Norden von Monastir vor; in unserem Feuer, an einzelnen Stellen im Nahkampf, sind alle Angriffe gescheitert. Unsere und die verbündeten Truppen haben sich sehr gut geschlagen.

Nördlich des Doiran-Sees wurden mehrere englische Kompagnien durch Artilleriefeuer zersprengt.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

WTB. Wien, 20. März. Amtlich.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In den Waldkarpathen, westlich von Luck und am Stochod, erfolgreiche Vorfeldunternehmungen. Sonst nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Fleimstaler Front bedeutend gesteigerte, sonst nur gewöhnliche Artillerietätigkeit. Triest war neuerdings das Ziel feindlicher Fliegerbomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Tepeleni, an der Wojusa, rieben unsere Aufklärungsabteilungen eine feindliche Bande auf. Oestlich des Ochrida-Sees wurden neuerlich starke französische Angriffe abgeschlagen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Ein französisches Großkampfschiff versenkt!

Amtlich. WTB. Berlin, 20. März 1917.

Eines unserer U-Boote, Kommandant Kapitän-Leutnant Morath, hat am 19. März im westlichen Mittelmeer ein durch Zerstörer gesichertes französisches Großkampfschiff der Danton-Klasse durch Torpedoschuß versenkt. Das Linienschiff, das Zickzackkurse lief, legte sich nach dem Treffer sofort stark über und kenterte nach 45 Minuten.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Englische Bestätigung deutscher Erfolge.

Reuter meldet aus London: Die Admiralität teilt über den gestern abend gemeldeten Ueberfall durch feindliche Zerstörer mit, daß der Feind, nachdem er das unverteidigte Seebad Ramsgate beschossen hatte, sich vor den örtlichen britischen Streitkräften in Eile zurückgezogen hatte. Ein britischer Zerstörer wurde durch ein Torpedo versenkt und ein anderer durch ein Torpedo beschädigt, jedoch nicht ernstlich. Ferner wurde ein englisches Handelsschiff versenkt. Es war nicht möglich, den den Feinden zugefügten Schaden festzustellen.

Die Revolution in Rußland.

Miljukows Kriegswille.

Französische und italienische Blätter veröffentlichen eine Depesche Miljukows an die russischen Vertreter im Auslande in einem anderen Text, als er in den neutralen Ländern erschienen ist, nämlich mit Einschaltung folgender Sätze vor dem Schluß: Rußland wollte den Krieg, welcher seit fast drei Jahren die Welt in Blut badet, nicht, aber als Opfer des vorbedachten und von langer Hand vorbereiteten Angriffs wird Rußland fortfahren, wie früher gegen den Eroberungsgeist einer räuberischen Rasse zu kämpfen, welche sich einbildet, eine unerträgliche Hegemonie über ihre Nachbarn aufrichten zu können und Europa des zwanzigsten Jahrhunderts Schmach und die Herrschaft des preußischen Militarismus aufzuerlegen. Treu dem Vertrag, welcher Rußland unlöslich mit seinen ruhmvollen Verbündeten einigt, ist Rußlang gleich ihnen entschlossen, der Welt um jeden Preis die Völkerfriedensära auf der Grundlage einer stabilen nationalen Organisation, welche die Achtung des Rechts und der Gerechtigkeit gewährleistet, zu sichern. Rußland wird an ihrer Seite den gemeinsamen Feind bis ans Ende ohne Pause und Schwäche bekämpfen. Die Regierung, welcher ich angehöre, wird alle Energie auf die Vorbereitung des Sieges verwenden und schnellstens den Irrungen der Vergangenheit, welche bisher den Schwung und den Opfergeist des russischen Volkes paralysieren konnten, abzuhelfen suchen.“

Es fragt sich also nur noch, wie weit die neue Regierung imstande sein wird, ihren Willen durchzusetzen.

Im englischen Unterhaus erklärte Lloyd George, soweit die britische Regierung unterrichtet ist, sei die russische Revolution mit geringem Blutvergießen durchgeführt. Die neue Regierung erhielt die Unterstützung des ganzen Landes, der Armee und der Marine, und es sei befriedigend, zu wissen, daß die neue Regierung für den ausdrücklichen Zweck gebildet worden sei, den Krieg mit vermehrtem Eifer weiterzuführen. (Beifall.) Die britische Regierung sei überzeugt, das russische Volk werde finden, daß sich Freiheit mit Ordnung selbst in den Revolutionszeiten vereinigen lasse und daß freie Völker am besten die Verteidiger ihrer eigenen Ehre seien.

Das „Allgemeene Handelsblad“ meldet aus London: Lloyd George teilte gestern im Unterhause mit, daß am Donnerstag die Absendung einer Glückwunschadresse an die russische Duma beantragt würde. Der Premierminister sagte ferner, man könne nach den vorliegenden Informationen noch nicht sagen, daß in Rußland alle Gefahr vorüber sei.

Ganz sicher traut man also auch in London dem gegenwärtigen Stand der Dinge noch nicht.

Bemerkenswert ist die gestern bereits in einem kleinen Teil unserer Auflage wiedergegebene Darstellung des „Sozialdemokraten“ in Stockholm über die Vorgänge in Rußland, die den

Einfluß des Arbeiterausschusses

in Petersburg auf den Gang der Ereignisse veranschaulichen und die wir hier noch einmal wiedergeben:

Am 12. März wurden in Petersburg zwei Revolutionsausschüsse eingesetzt. Auf der einen Seite das Exekutivkomitee der Reichsduma, das aus sämtlichen Vertretern der Dumaparteien bestand, und auf der anderen Seite die Delegiertenversammlung der Petersburger Arbeiter mit Tscheidse an der Spitze. Dieser Arbeiterausschuß hat in Wirklichkeit die ganze revolutionäre Macht in Händen, denn zu ihm halten Arbeiter und Truppen. Der erste Konflikt zwischen ihm und dem Exekutivkomitee der Reichsduma brach schon Montag abend aus. Das Komitee beschloß nämlich, mit dem Zaren Verhandlungen anzuknüpfen. Tscheidse und Krenski traten daher aus dem Komitee aus. Rodzianko telegraphierte an den Zaren, die Reichsduma wünsche eine neue Regierung. Zugleich wurde die alte Regierung gezwungen, ihr Rücktrittsgesuch einzureichen. Der Zar antwortete Rodzianko nicht, sondern teilte der alten Regierung mit, er werde den Generalstabschef Alexejew als Diktator nach Petersburg schicken. Nun gab das Komitee nach. Reichsduma, Arbeiterausschuß, Tscheidse und Krenski nahmen ihre Tätigkeit wieder auf. Der zweite Konflikt brach am Mittwoch aus. Das Bestreben der Mehrheit der Reichsduma geht auf Fortsetzung einer energischen Krigspolitik. Sie wünscht daher, so bald wie möglich im Innern Ordnung zu schaffen. Der nächste Weg dazu wäre, den Sohn des Zaren zum Kaiser und den Großfürsten Michael zum gesetzmäßigen Regenten zu ernennen. Dies beschloß auch das neugebildete Kabinett und Miljukow teilte es dem Auslande mit. Schon Donnerstag abend verkündete bekanntlich Bonar Law dem englischen Unterhause die wichtige Neuigkeit. Der Petersburger Arbeiterausschuß protestierte aber, da eine solche Liquidierung der Revolution nichts anderes heißen würde, als die Macht in die Hände der Oktobristen und Kadetten zu geben, was ein Sieg des russischen Imperialismus wäre, dem die Arbeiter ihre Friedenspolitik gegenüberstellten. Sie erklärten daher: „Ruft Ihr den Sohn des Zaren zum Kaiser aus, so rufen wir die Republik aus. Wir können es, denn wir haben ganz Petersburg in Händen.“ Die Dumaregierung mußte abermals nachgeben. Man beschloß daher, Rußland solle seine Regierungsform frei wählen. Die konstituierende Versammlung, die gleich einberufen werden sollte, sollte sich gegen die Fortsetzung des Krieges erklären. So wurde Miljukow gezwungen, durch die Petersburger Telegraphenagentur zu erklären, daß das, was am Morgen „der feste Entschluß der Regierung“ war, jetzt nur mehr seine persönliche Anschauung sei. Der Zar wurde so gezwungen, für sich und seinen Sohn der Krone zu entsagen, ebenso der Großfürst Michael, die Krone abzulehnen, die der Zar ihm zuvor in die Hände legen wollte. Darauf wurde die Dumaregierung, die die revolutionären Truppen entwaffnen wollte, um die Macht in ihre Hände zu bekommen, genötigt, statt dessen in einem großen Manifest an das russische Volk zu erklären, die revolutionären Truppen sollten nicht entwaffnet, sondern nach Petersburg gesandt werden, um den Arbeiterausschuß zu unterstützen. Auch das freie Versammlungsrecht für die Soldaten an der Front ist auf die Forderungen des Arbeiterausschusses zurückzuführen. Während dieser Kämpfe zwischen den zwei Regierungen in Petersburg spielte Großfürst Nikolai Nikolajewitsch seine Karten mit außerordentlicher Sicherheit aus. Er war einer der ersten, der dem Zaren telegraphierte, er müsse abdanken, weil es das Wohl des Landes verlange. Dadurch stellte er sich gleich vor allem mit dem rechten Flügel der Duma gut, der ihn als Militär und Kriegseiferer hochschätzt, und so wurde die Ernennung Nikolai Nikolajewitsch zum Oberbefehlshaber der Truppen — ganz sicher im Einverständnis mit Rodzianko — die letzte Regierungshandlung des Zaren. Da diese Handlung aber gegen den Willen des Arbeiterausschusses geht, so ist die Lage unklar. Der Oberbefehlshaber der Nordfront, General Rusky, steht unbedingt auf seiten der Revolution. Er hielt den Zaren in Pskow an und zwang ihn zur Abdankung. Demgegenüber gehört der Oberbefehlshaber der Südarmeen, General Brussilow, zu den dunkelsten Reaktionären. Als Rodzianko ihm telegraphierte, antwortete er: „Ich werde meine Pflicht gegen den Zaren tun.“ — Die letzten Nachrichten aus Petersburg zeigen deutlich, daß die Dumaregierung immer mehr in Abhängigkeit vom Arbeiterausschuß gerät. So enthält Miljukows Erklärung kein Wort über Eroberungen, sondern spricht von der Freiheit aller Nationen. Zweifellos bestehen auch innerhalb des Exekutivkomitees der Reichsduma bei vielen starke Bedenken, gegen die Friedenswünsche der Arbeiter zu handeln, da man fürchtet, daß bei einer zu großen Zersplitterung die Reaktion wieder siegen könne.

Kein Romanow soll den Oberbefehl führen.

Die „Times“ meldet aus Petersburg: Die provisorische Regierung war gezwungen, der Stimmung der Revolutionäre Zugeständnisse zu machen. Als der Zar abdankte, ernannte er den Großfürsten Nikolai zum Oberbefehlshaber. Trotz dessen Volkstümlichkeit hielt die provisorische Regierung es für notwendig, die Ernennung aufzuheben, um der böswilligen Propaganda ein Ende zu machen und durch einen Erlaß anzuordnen, daß der Oberbefehl nicht in den Händen eines Mitgliedes der Familie Romanow ruhen dürfe.

Die Abdankung des Zaren.

Laut dem „Temps“ fand die Abdankung des Zaren am 16. März um Mitternacht statt. Nach den Aussagen eines Mitgliedes des Exekutiv-Ausschußes begab sich einer der neuen Minister, begleitet von General Rußkij, Baron Fredericks und anderen nach Pskow. Nachdem sie dem Zaren die neue Lage geschildert hatten, rieten sie ihm, keine Truppen von der Front nach der Hauptstadt zu schicken, da jeder Soldat, der sich der Hauptstadt nähere, sofort ein Revolutionär werde. „Was soll ich also tun?“ fragte der Zar. „Abdanken!“ war die Antwort. Nach einigem Nachdenken sagte der Zar, er werde Mühe haben, sich von seinem Sohne zu trennen. Deshalb werde er für sich und ihn zugunsten seines Bruders abdanken. Darauf unterzeichnete der Zar das Manifest, das man ihm vorlegte.

„Daily News“ meldet aus Petersburg vom 17. März: Das Manifest des Zarrn wurde in Pskow unterzeichnet, worauf der Zar